



*Dr. Beate Blatz  
Leiterin des Verbandes*

## Liebe Leserinnen und Leser,

1997 beschlossen die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union anlässlich ihres Treffens in Amsterdam Vertragsänderungen, die die Europäische Union nach der Osterweiterung handlungsfähig halten sollten. Die Beschäftigungspolitik wurde als Hauptziel in die Verträge aufgenommen. Damit wurden auf europäischer Ebene erstmals ein rechtlicher Rahmen und eine Rechtsgrundlage zur Bekämpfung sozialer Ausgrenzung geschaffen. Zuständig für die Beschäftigungspolitik blieben weiterhin die Nationalstaaten, allerdings wurde eine bessere Koordination der beschäftigungspolitischen Maßnahmen der Mitgliedsstaaten vereinbart.

Im März 2000 traf man sich in Lissabon. Die drei Jahre zuvor diagnostizierten Herausforderungen – mangelnde soziale Integration, defizitäre Arbeitsmarktlage und optimierbare Nachhaltigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung – waren nicht durch tatkräftiges Handeln beantwortet worden. Sie drückten mehr denn je.

„Der Europäische Rat von Lissabon fordert die Mitgliedstaaten

und die Kommission auf, etwas zu unternehmen, um bis zum Jahr 2010 die Beseitigung der Armut entscheidend voranzubringen“, heißt es mutig im Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates über das Europäische Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung.

Das Europäische Jahr gegen Armut und Ausgrenzung verfolgt vier Ziele: die **Anerkennung von Rechten**, insbesondere des Grundrechts der von Armut und sozialer Ausgrenzung Betroffenen auf ein Leben in Würde und auf umfassende Teilhabe an der Gesellschaft; die **gemeinsame Verantwortung und Teilhabe**, also die Einbeziehung einer breiten Öffentlichkeit in bestehende Strategien zur Förderung der sozialen Eingliederung; **Zusammenhalt** durch Förderung eines stärkeren sozialen Zusammenhaltes qua Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die Vorteile, die für jeden mit einer Gesellschaft verbunden sind, in der es keine Armut mehr gibt und in der niemand mehr ausgegrenzt ist; **Engagement und konkretes Handeln**, mithin die Bekräftigung

des starken politischen Engagements der Europäischen Union und der Mitgliedsstaaten.

In Deutschland eröffnete Bundesministerin Ursula von der Leyen am 20. Februar das Europäische Jahr gegen Armut und Ausgrenzung 2010, das in Deutschland unter dem Motto „Mit neuem Mut“ gestartet ist. An der Umsetzung zahlreicher Aktionen im Laufe des Jahres sind sowohl bundespolitische Institutionen als auch kommunale Stellen, kirchliche Organisationen und NGOs, so auch der Deutsche Frauenrat, beteiligt.

Armut ist ein Themenschwerpunkt, den auch die Evangelischen Frauen in Deutschland auf ihrer Agenda haben. Dieses Heft der mitteilungen widmet sich sehr konkreten und (nach)machbaren Aktionen und Projekten in Bremen und Westfalen und nimmt Stellung zu Ursachen für soziale Ausgrenzung, die – eindeutig – ein Frauenthema ist.

*Beate Blatz*